

# Straßenbaubeitrag abschaffen!

## Akzeptanz völlig verloren

Anhörung zur Volksinitiative betont noch einmal Dringlichkeit zur Abschaffung des Straßenbaubeitrags

**Im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen des nordrhein-westfälischen Landtags haben am 5. November 2019 Vertreter des Bundes der Steuerzahler (BdSt) NRW die Forderung nach Abschaffung des Straßenbaubeitrags untermauert.**

Diese Anhörung ist eine Art Schlusspunkt für die Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen“. Fast eine halbe Million Bürger hat den Antrag mit ihrer Unterschrift unterstützt. Damit haben sie das Recht auf Anhörung erwirkt und erreicht, dass der Landtag abschließend über die Abschaffung des Straßenbaubeitrags befinden muss. Für den Bund der Steuerzahler war von Beginn der Kampagne eine Frage von Interesse: Sind für den Straßenbaubeitrag ausschließlich betroffene Eigentümer sensibel, oder weiß nicht doch ein größerer Teil der Bevölkerung um die Abgabe? Und wie bewerten diese beiden Gruppen den Straßenbaubeitrag? Daher hat der BdSt NRW zwischen August 2018 und Oktober 2019 vier

repräsentative Befragungen von dem Meinungsforschungsinstitut MENTE>FACTUM durchführen lassen. Danach hat sich die ablehnende Haltung gegenüber dieser Abgabe bei 42 Prozent einpendelt. Für eine Beibehaltung votieren nach stetigem Rückgang nur noch 11 Prozent der Befragten – und dabei nehmen sowohl Eigentümer als auch Mieter diese ablehnende Haltung ein. Der Straßenbaubeitrag hat demnach völlig an Akzeptanz verloren.

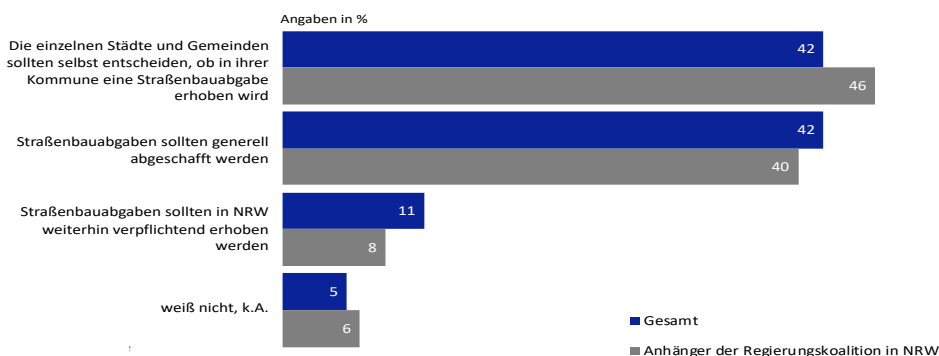
*„Unser Ziel bleibt die vollständige Abschaffung des Straßenbaubeitrags.“*

Dem Vorschlag des BdSt NRW zur vollständigen Abschaffung stimmen etwa drei Viertel der Befragten zu. Die Ablehnung des Straßenbaubeitrags hat sich auf hohem Niveau verstetigt. Mit 64 Prozent stoßen die Reformvorschläge der Regierungsparteien

CDU und FDP auf Ablehnung – mehrheitlich sogar in den eigenen Reihen. Das ist umso bemerkenswerter, da der Druck durch die Volksinitiative die Regierungskoalition zu weiten Zugeständnissen bewegt hat: frühzeitige Information der betroffenen Bürger und Bürgerbeteiligung, ein Förderprogramm im Umfang von 65 Millionen Euro jährlich für die Kommunen, die im Gegenzug die Beitragssätze bis zur Hälfte reduzieren müssen, Anspruch auf Ratenzahlung zu geringeren Zinsen als bisher. Dass selbst diese Maßnahmen bei den Anhängern der Regierungskoalition nicht mehrheitsfähig sind, zeigt überragend deutlich, dass die Bürger in NRW ein einziges Ziel verfolgen: Straßenbaubeitrag abschaffen, wie die Volksinitiative es fordert.

Zu den Reformvorschlägen veranstaltet der Landtag eine Expertenanhörung am 18. November 2019. Der BdSt NRW wird sich auch in dieser Anhörung zu Wort melden. Er bleibt dabei: Straßenbaubeitrag abschaffen!

*Markus Berkenkopf, berkenkopf@steuerzahler-nrw.de*



► Die Frage: Derzeit müssen Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigte ja Straßenbauabgaben zahlen, wenn an ihrer Straße Erneuerungs- oder Verbesserungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Mieter zahlen diese indirekt über ihre Miete. In der Hälfte der Bundesländer werden gegenwärtig und in Zukunft keine Straßenbauabgaben erhoben: Was sollte in Zukunft mit diesen Straßenbauabgaben geschehen?

# Politischer Sprengstoff

**Klaus-Peter Schöppner, Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts MENTE>FACTUM, ordnet die Bedeutung der „Sonntagsfrage“ ein.**

Entscheidet die Haltung der NRW-Parteien zu Straßenbaubeiträgen die nächste Landtagswahl? Gut möglich. Denn derzeit herrscht in NRW ein Patt zwischen beiden großen politischen Lagern. Würde heute gewählt, würden, wie das Bielefelder Meinungsforschungs-Institut MENTE>FACTUM Mitte Oktober unter 1.000 wahlberechtigten Bürgern feststellte, CDU/FDP ebenso wie Grün/Rot (Reihenfolge!) 41 Prozent der Stimmen erhalten. Also käme es derzeit in NRW auf jede Stimme an! Und da könnten „Straßenbaubeiträge“ durchaus zum Zünglein an der Waage werden: 32 Prozent der NRW-Wahlberechtigten (CDU-Wähler: 31 Prozent) wollen nämlich ihr Kreuz auch vom Konzept der Parteien zu diesem hochemotionalen Thema abhängig machen. Ein Thema mit Sprengstoff! „Auch“ heißt sicher nicht „in jedem Fall“. Doch wenn aus den 32 Prozent am Ende nur fünf Prozent „Deshalb-Wähler“ werden, kann das die Kräfteverhältnisse mächtig durcheinanderwirbeln.

Weil die Wählermehrheit eindeutig auf Oppositionsseite steht. Auf Seiten derjenigen, die diese Abgaben als „willkürlich und ungerecht“ empfinden: Viele fahren, wenige zahlen. 72 Prozent der Wahlberechtigten in NRW wollen das nicht und unterstützen den Vorschlag des Bundes der Steuerzahler in NRW, Straßenbaubeiträge komplett abzuschaffen. Da selbst unter den Regierungsanhängern 66 Prozent den BdSt-Vorschlag „gut“ finden, baut sich hier wahlpolitischer Sprengstoff auf! Klar also, dass CDU und FDP mit ihrem Gesetzesvorschlag auf wenig Gegenliebe stoßen: Zuerst verbindliche Anliegerversammlungen, dann möglicherweise partielle Entlastung, eventuell zinspflichtige Raten- und Stundungsregelungen. Heißt im Klartext: An den Abgaben wird festgehalten. Das hält nur jeder dritte Nordrhein-Westfale für einen guten, 64 Prozent aber für einen schlechten Vorschlag.

Zwei Modelle liegen also auf dem Tisch: Welches wird in NRW – alles in allem – präferiert? Der Wählerwille ist eindeutig: Vor die Alternative gestellt, fordern 71 Prozent im Sinne des BdSt die generelle Abschaffung des Straßenbaubeitrags, nur jeder Vierte stützt den Anhörungs-, Raten- und Härtefallregelungsvorschlag der CDU/FDP-Koalition.

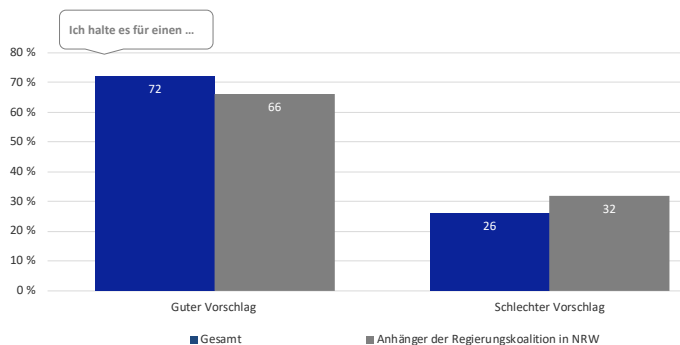
Bis 2022 auf Zeit zu spielen, könnte gefährlich werden. Denn bereits im nächsten Jahr wählen die Städte und Gemeinden ihre Kommunalvertreter. Und bereits da könnte das so empfundene Ungerechtigkeits Thema über einige Bürgermeister entscheiden.

Klaus-Peter Schöppner arbeitete von 1975 bis 2013 für Emnid. Seit 2014 unterhält er mit MENTE>FACTUM sein eigenes Umfrageinstitut. Er hat Lehraufträge u.a. an den Universitäten Münster und Bielefeld, ist Autor zahlreicher Fachartikel und ständiger Berater von Unternehmen, Verbänden und Politik.



privat

► Die Frage: Der Bund der Steuerzahler in NRW hat eine Volksinitiative mit 470.000 Unterschriften erfolgreich durchgeführt. Ziel ist die Abschaffung dieser Straßenbaubeiträge in NRW, weil dann alle Bürger vom kommunalen Wegenetz profitieren, die Beträge dann nicht mehr willkürlich festgelegt werden und Mieter und Vermieter nun nicht mehr erheblich belastet werden. Ist das ein:



► Die Frage: Die CDU/FDP-Landesregierung will die Straßenbaubeiträge nicht abschaffen. Das Gesetz soll so geändert werden, dass die Kommunen zuerst verbindliche Anliegerversammlungen vor Baubeginn durchführen und dass zinspflichtige Raten- und Stundungsregelungen beantragt werden können. Zudem will NRW die Betroffenen mit insgesamt 65 Millionen entlasten. An den Straßenbaubeiträgen will die Landesregierung aber festgehalten. Halten Sie das für einen:

